

OB Schrempp: Bürgerentscheid ist unzulässig

Die IG Rheinstetten hat über 1 600 Unterschriften für Bürgerbegehren zu Edeka gesammelt

Die Interessengemeinschaft (IG) Rheinstetten, die sich vehement gegen eine Ansiedlung des Edeka-Fleischwerkes in Rheinstetten wehrt (wir berichteten ausführlich), hat jetzt eine Unterschriftensammlung mit dem Ziel eines Bürgerbegehrens und einem folgenden Bürgerentscheid über die Ansiedlung gestartet.

Wie IG-Sprecher Otto Deck den BNN mitteilte, seien bereits deutlich mehr als die rund 1 600 erforderlichen Unterschriften für die Einleitung eines Bürgerentscheids eingesammelt. Die IG wolle „von ihrem in der Landesverfassung verankerten Recht auf Abstimmungen Gebrauch machen“, heißt es im Schreiben Decks.

Viele Bürger hätten bei der Unterschriftenaktion kritisiert, „dass der 2004 gewählte Rheinstettener Gemeinderat eine solche Ent-

scheidung allein treffen wolle“, heißt es im Schreiben der IG. Und: „Die IG Rheinstetten erwartet nun von den politisch Verantwortlichen, dass sie einem Bürgerentscheid zustimmen“.

Die IG wollte laut Deck die Unterschriftenliste bei der ursprünglich am 23. September geplanten Gemeinderatssitzung an Oberbürgermeister Sebastian Schrempp übergeben. Ob die IG mit ihren Bemühungen Erfolg haben wird, ist allerdings sehr fraglich.

Die Sitzung vom 23. September wurde inzwischen wegen des Partnerschaftstreffens in Vecses abgesagt und auf den 30. September

verlegt. Gravierender aber sind offensichtlich rechtliche Gründe, die gegen einen Bürgerentscheid sprechen, wie aus einer Pressemitteilung von Oberbürgermeister Schrempp hervorgeht, die eine Reaktion auf die Unterschriftensammlung ist.

„Bereits im Juli dieses Jahres habe ich auf Nachfrage den Initiatoren eines Bürgerbegehrens zum Thema Edeka-Fleischwerk mitgeteilt, dass dieses nach der Gemeindeordnung nicht zulässig ist“, schreibt Schrempp. Er sehe daher die Unterschriftensammlung mit gemischten Gefühlen, denn „es werden unzutreffende Hoffnungen geweckt und sugge-

werde sich nicht über bestehende Gesetze hinweg setzen, darauf habe sich der Verwaltungs- und Finanzausschuss verständigt.

„Auch wenn eine moralische Pflicht ange mahnt werde, werde der Gemeinderat bestehendes Recht nicht brechen“, sagte Rheinstettens OB den BNN.

Sollte die IG die Unterschriften am 30. September vorlegen, „werde ich ihr darlegen, warum es nicht geht“, so Schrempp. Er geht davon aus, dass dies auch schon am Donnerstag, 25. September, Thema sein wird.

An diesem Tag wollen die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und ULR um 19 Uhr in der Aula der Schwarzwaldschule Forchheim gemeinsam über das geplante Edeka-Fleischwerk informieren und sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger stellen.

Ulrich Krawutschke

riert, dass der Gemeinderat hier einen Ermessensspielraum hat“. Dem sei aber nach Überprüfung der Rechtslage nicht so, denn die Bauleitplanung falle unter die Angelegenheiten, zu denen es nach dem Gesetz keinen Bürgerentscheid geben darf.

Vorsorglich habe die Stadt ihre Rechtsauf fassung vom Regierungspräsidium Karlsruhe prüfen lassen und sei darin bestätigt worden. „Die kommunale Rechtsaufsicht kommt zu dem Entschluss, dass ein Bürgerbegehren in dieser Phase der Bauleitplanung nicht zulässig ist“, schreibt Schrempp. Der Gemeinderat